



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Frau
Katharina Meixner
Sprecherin des StAPF
Ständiger Ausschuss aller Physik-Fachschaften
Max-von-Laue-Str. 1
60438 Frankfurt am Main

Berlin, 13.02.2017

Resolution der Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften zu Symptompflicht auf Attesten

Sehr geehrte Frau Meixner,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 20. Januar 2017 zum Thema „Resolution zu Symptompflicht auf Attesten“ an die SPD-Bundestagsfraktion. Als bildungs- und forschungspolitischer Sprecher unserer Fraktion antworte ich Ihnen sehr gern.

Die deutsche Hochschulpolitik liegt in der Zuständigkeit jedes einzelnen Bundeslandes und wird dort durch deren entsprechenden Hochschulgesetze geregelt. Hier sind dem Bund die Hände gebunden. Selbstverständlich möchten wir im Bund eine gute Bildung und Betreuung unserer Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen. Dies können wir jedoch nur in dem Maße machen, wie es das Grundgesetz erlaubt. Darüber hinaus sind Hochschulen landesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts. D.h., jede einzelne Hochschule erlässt ihre eigene Satzung, in der sie u.a. ihre hoheitlichen Aufgaben, ihre Struktur und Organisation eigenständig regelt.

Aus diesem Grunde kann der Bundesgesetzgeber hier hochschulpolitisch nicht aktiv werden, obgleich wir durchaus Verständnis für Ihr Anliegen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ernst Dieter Rossmann

